

Wahlprüfsteine zur Bürgerschaftswahl 2023 – Zusammenfassung der Antworten

Stand 8. Mai 2023

1. Maritime Wirtschaft im Lande Bremen

Sie ist auf eine leistungsfähige Hafen- und Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Diese ist bedarfsgerecht zu erhalten und auszubauen. Sie ist mit den Häfen, Werften, der Fischwirtschaft und der hafengebundene Industrie eine tragende Säulen des Wirtschaftsstandorts.

Bündnis 90/ Die Grünen	Die maritime Wirtschaft prägt unsere Städte Bremen und Bremerhaven traditionell und auch in Zukunft. Rund 40.000 Arbeitsplätze sind im Land Bremen mit den Häfen verknüpft. Für das Exportland Deutschland sind die bremischen Häfen als Knotenpunkte des globalen Handelsnetzes von existenzieller Bedeutung. Um diese Stellung auch künftig zu sichern, investieren wir in die Sanierung der Kajeninfrastrukturen, in den Ausbau des hafengebundenen Straßen- und Schienennetzes sowie in die Qualifizierung der Beschäftigten. Davon profitiert die maritime Wirtschaft unseres Landes insgesamt. Allein die voraussichtlichen Kosten der avisierten Erneuerung der Stromkaje zeigen jedoch die finanziellen Herausforderungen, vor denen wir stehen. Bremen macht sich daher gemeinsam mit den anderen norddeutschen Bundesländern dafür stark, dass der Bund seine finanzielle Beteiligung an den Hafenlasten dauerhaft substantiell erhöht. Der bisherige Hafenlastenausgleich – der jährliche Anteil Bremens liegt bei rund 10 Mio. Euro – ist nicht mehr zeitgemäß.
CDU	Uneingeschränkte Zustimmung. Der Investitionsstau in den Häfen sowie der Verkehrsinfrastruktur im Hinterland ist in den letzten Jahren immer größer geworden. Allein in den bremischen Häfen schätzen wir ihn auf 1 Mrd. Euro, bei der Digitalisierung beträgt der Rückstand zu den wichtigsten Wettbewerbshäfen bis zu zehn Jahre. Viele Hafenbauwerke und Brücken sind nicht mehr standsicher und Bremen muss Millionensummen, z.B. für den Neubau der Containerkaje und der Brücke über den Verbindungshafen, aufbringen. Bei wichtigen Infrastrukturvorhaben, wie der Weservertiefung, der Fertigstellung der A281, dem Ausbau der Bahnstrecke zwischen Hannover und Hamburg bzw. Bremen und dem Weiterbau der Küstenautobahn, geht es viel zu langsam voran. Wir werden diese Probleme in Regierungsverantwortung anpacken und dafür auch mehr Mittel vom Bund einwerben. Die Planungs- und Genehmigungsverfahren wollen wir deutlich beschleunigen und die Kooperation zwischen den norddeutschen Hafenstandorten ausbauen.
Die Linke	

FDP	<p>Volle Zustimmung. Verkehr muss immer auch als Wirtschaftsverkehr gedacht werden. Der Ringschluss der A281, die Fertigstellung des Wesertunnels und die seit Jahren erforderliche Sanierung aller Wirtschaftsverkehrswege sind Kernelemente für die Attraktivitätssteigerung des Bremer Wirtschaftsstandorts. Ohne ausreichend verfügbare und an schnelle Verkehrswege angebundene Gewerbeflächen wird die Zukunft Bremens ausgebremst. Wir Freie Demokraten stehen für eine Wirtschaft, die Fahrt aufnimmt.</p> <p>Wir Freien Demokraten wollen in den Erhalt und die notwendigen Anpassungen der Hafeninfrastruktur selbst, als auch in die verkehrliche Anbindung der Häfen investieren. Die Kajen der Stromkaje müssen mittelfristig saniert werden. Hier sind mehr Investitionen notwendig, um später höhere Kosten zu vermeiden. Aber auch der Neustädter Hafen und die Industriehäfen müssen mittelfristig ertüchtigt und weiterentwickelt werden</p>
SPD	<p>Die wirtschaftliche Entwicklung an der Weser wird seit Jahrhunderten durch Häfen und Schifffahrt geprägt. Ohne Häfen und Schifffahrt wäre der Aufstieg Bremens zur erfolgreichen Hanse- und Kaufmannsstadt nicht möglich gewesen. Heute zählen die bremischen Häfen zu den wichtigsten Universalhäfen Europas. Sie bilden das Rückgrat einer maritimen Wirtschafts- und Logistiklandschaft, die die Ökonomie des kleinsten Bundeslandes prägt. Wir bekennen uns klar und eindeutig zu unseren Häfen und der damit verbundenen Logistikwirtschaft. Grundlage für eine solide Zukunft der Häfen ist die Erhaltung und Erneuerung der über Jahrzehnte aufgebauten Infrastrukturen. Die Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen wird durch kontinuierliche Unterhaltungs- und Erneuerungsinvestitionen der Freien Hansestadt Bremen gestärkt und ausgebaut. Für die Erneuerung des Containerterminals haben wir im Senat bereits den Startschuss gegeben. Den Bereich des südlichen Fischereihafens wollen wir zu einem Hafen für die Energiewende entwickeln.</p>
Volt	<p>Zukunftsweisende, maritime Transportstrategien sind sowohl für das Land Bremen, als auch für die nationale und internationale Gemeinschaft unumgänglich, weshalb Volt eine starke Hafeninfrastruktur im Lande Bremen fördert und sich für die Umsetzung vom Hafenentwicklungskonzept 2035 einsetzt.</p>

2. Anpassung der Fahrrinne von Außen- und Unterweser (Nord)

Die Anpassung der Fahrrinne der Weser ist entscheidend für die Wettbewerbsfähigkeit der Häfen und seiner maritimen Unternehmen. Sie dient der Sicherstellung der Lieferketten und Versorgungssicherheit - für ganz Deutschland.

Bündnis 90/ Die Grünen	Bei der Vertiefung von Fahrrinnen sind ökonomische und ökologische Aspekte abzuwägen. Die schwerwiegenden Folgen der neunten Elbvertiefung zeigen, dass dies sorgsam vorzunehmen ist. Wir lehnen eine weitere Vertiefung der Unterweser ab, da die zu erwartenden ökologischen Schäden nicht von den potenziellen wirtschaftlichen Effekten aufgewogen werden. Bei der Außenweser sehen wir den hohen Druck des Wettbewerbs in der europäischen Nordrange und die dominante Position des globalen Reedereioligopols gegenüber den Hafenstandorten als treibende Faktoren. In Bremerhaven führt der hohe Anpassungsdruck an immer größere Containerschiffe zur geplanten Vertiefung der Außenweser. Im Hafententwicklungskonzept 2035 ist beschlossen, dass dieser geplante Vertiefungsschritt der letzte sein soll. In keinem Fall darf eine Außenweservertiefung den Gewässerschutz gem. Wasserrahmenrichtlinie und der Meeresstrategierahmenrichtlinie nachteilig beeinflussen. In Anbetracht der angestrebten mittel- und langfristigen Hafenkooperation möchten wir Grüne die Außenweservertiefung vermeiden.
CDU	Das sehen wir ganz genauso. Damit auch die Containerschiffe der neuesten Generation Bremerhaven weiter anlaufen können, bekennen wir uns zur Fahrrinnenanpassung der Außenweser als dem zentralen Element zur Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der bremischen Häfen. Wir haben die Überführung dieses Vorhabens in die Legalplanung per Maßnahmengesetz unterstützt, die nun zügig von der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes weiter vorangetrieben werden muss. Die Fahrrinnenanpassung der Unterweser (Nord) ist für die Wettbewerbsfähigkeit des Hafens Brake wichtig. Eine gegenseitige Blockade der Länder Bremen und Niedersachsen bei der Erteilung des Einvernehmens zu diesen beiden Vorhaben wollen wir vermeiden. Es ist dabei selbstverständlich, dass im Rahmen des Verfahrens alle Belange des Natur-, Gewässer- und Hochwasserschutzes untersucht und gebührend berücksichtigt werden.
Die Linke	

FDP	Wir Freie Demokraten stehen zu der zentralen Funktion der Häfen für die Zukunft Bremens und Bremerhavens. Die maritime Wirtschaft und die damit verbundenen Lieferketten sind abhängig von einer bedarfsgerechten und wettbewerbsfähigen Infrastruktur der Wasserstraßen und seewärtigen Zufahrten. Das Land Bremen braucht eine bedarfsgerechte Anpassung und stetige Erhaltung der Fahrrinnen der Weser – zur See und zum Binnenland. Die Fahrrinnenanpassung ist längst überfällig und im Bundesverkehrswegeplan als „vordringlichen Bedarf“ genannt. Nur so können die Häfen weiterhin Anlaufpunkt für moderne Großschiffe bleiben und damit den Wirtschafts- und Logistikstandort auch in Zukunft sichern. Bei jeder Anpassung der Wasserstraßeninfrastruktur ist die Berücksichtigung des relevanten Umwelt- und Naturschutzes selbstverständlich. Die Maßnahmen müssen nachhaltig sein und dürfen keine relevanten Folgekosten nach sich ziehen. Um dies gewährleisten zu können, bedarf es rechtzeitig eines nachhaltigen Sedimentmanagements.
SPD	Die Häfen sind zentrales Element der Bremischen Wirtschaft. Sie sichern tausende Arbeitsplätze ab und legen den Grundstein für den Wohlstand in unserem Land. Wir wollen, dass sie auch zukünftig im internationalen Wettbewerb bestehen können. Bei der Außenweservertiefung sind wir deshalb unmissverständlich. Dies ist für uns das zentrale Projekt für die kommende Wahlperiode, bei der wir den Bund ohne Abstriche unterstützen werden. Die dauerhafte Aufrechterhaltung der Erreichbarkeit und die Leichtigkeit des Schiffsverkehrs von und nach Bremerhaven durch Anpassung der Außenweser besitzt eine absolute Priorität für die Wettbewerbsposition des Containerterminals.
Volt	Die Vertiefung der Außen- und Unterweser kann nur in enger Kooperation mit dem Lande Niedersachsen eine Option sein, um eine sichere und möglichst umweltfreundliche Umsetzung des Projektes zu gewährleisten.

3. Erhalt und Ausbau der Mittelweser

Die Mittelweser ist als Hinterland-Anbindung für unsere Seehäfen von wachsender Bedeutung. Das Land Bremen muss sich für den zügigen planfestgestellten Ausbau der Mittelweser und die fortlaufende Instandsetzung und Unterhaltung der bestehenden Bauwerke einsetzen.

Bündnis 90/ Die Grünen	Seit 2017 können Großmotorschiffe grundsätzlich auf der Mittelweser verkehren. Bremen hat daher der Vereinbarung mit dem Bund zugestimmt, das Verwaltungsabkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Bremen zum Ausbau der Mittelweser als erfüllt anzusehen und keine weiteren finanziellen Verpflichtungen einzugehen. Die letzten finanziellen Fragen wurden Anfang dieser Legislatur zwischen Land und Bund geklärt. Weitere Uferanpassungen der Mittelweser lehnen wir deshalb und ökologischen Gründen ab.
CDU	Als CDU Bremen haben wir uns stets für einen Mittelweserausbau gemäß Planfeststellungsbeschluss eingesetzt. Vor fünf Jahren hat der rot-grüne Senat eine Vereinbarung mit dem Bund über die Beendigung des Verwaltungsabkommens zur Mittelweser geschlossen, wonach sich Bremen an der Finanzierung zukünftiger Ausbaumaßnahmen nicht mehr beteiligen wird. Dadurch hat Bremen auf das weitere Verfahren formal keinen Einfluss mehr. In der Vereinbarung hat sich der Bund zur Durchführung von sechs der insg. neun gemäß Planfeststellungsbeschluss noch ausstehenden Uferrückverlegungen verpflichtet. Fünf davon – alle in der Stauhaltung Dörverden – befinden sich derzeit noch im Bau und sollen bis 2025/2026
Die Linke	
FDP	Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass dieser nun auch zügig umgesetzt wird.
SPD	Die Bremischen Häfen nehmen neben ihrer Rolle als Seehäfen auch bedeutende Funktionen für die Binnenschifffahrt wahr. So ist Bremen gemessen am Ladungsaufkommen bis heute einer der bedeutendsten Binnenhäfen Deutschlands und die Binnenschifffahrt bietet noch weitere erhebliche Potenziale im Seehafenhinterlandverkehr. Die Förderung der Binnenschifffahrt als besonders umweltfreundlicher, für große Transportleistungen geeigneter Verkehrsträger war und ist deshalb nicht zuletzt unter dem Gesichtspunkt des Klimawandels ein wichtiges Anliegen für uns. Daher werden wir uns, wie bereits in der Vergangenheit auch, weiterhin für die Ausbauprojekte im Bereich der Mittelweser gegenüber dem Bund einsetzen.
Volt	Instandsetzung und Unterhalt der maritimen Infrastruktur der Mittelweser stützen das Land Bremen als starken Wirtschaftsstandort. Weitere Ausbauplanungen müssen wohldurchdacht sein und bedürfen einer engen Kooperation mit dem Land Niedersachsen sowie dem Schutz der Gewässerökologie abgeschlossen werden. Danach wird die Mittelweseranpassung für das Großmotorgüterschiff (GMS) abgeschlossen sein. Schon heute kann festgestellt werden, dass diese aufwendigen Maßnahmen sowohl für die Schifffahrt, als auch für den Naturschutz ein voller Erfolg sind.

4. Binnenschifffahrt fördern durch Digitalisierung

Die Weser hat enorme Kapazitätsreserven. Digitalisierung - bis hin zur autonomen Binnenschifffahrt - kann eine Pilotfunktion einnehmen. Dafür notwendig sind geeignete und einfache Förderprogramme, um im Wettbewerb mit Straße und Schiene zu bestehen.

Bündnis 90/ Die Grünen	Für uns Grüne ist die Förderung der Binnenschifffahrt als klimafreundlicher Verkehrsträger von großer Bedeutung. In Bremen leisten wir dafür vor Ort konkrete Beiträge mit dem kontinuierlichen Ausbau der Landstromversorgung oder der geplanten Erneuerung der Liegeplätze für Binnenschiffe im Holz- und Fabrikhafen. Auf Bundesebene wollen wir uns für die Modernisierung der Binnenschifffahrt, sowohl hinsichtlich der Antriebstechnologien als auch im Bereich der Digitalisierung, einsetzen. Wir begrüßen, dass sich auch die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag zu einer Stärkung der Binnenschifffahrt im Güterverkehr bekannt hat.
CDU	Aus ökonomischen und ökologischen Gründen wollen wir beim Gütertransport stärker auf das Binnenschiff setzen und sehen hier noch ungenutzte Potenziale, z.B. in der Automobil- und Containerlogistik. Nur mit einer modernisierten Binnenschifffahrt und der Verlagerung von mehr Gütern von der Straße auf die Wasserstraße kann Deutschland seine Klimaziele erreichen. Dafür muss Bremen seine Infrastruktur für Binnenschiffe weiter ausbauen und modernisieren. Jeder Liegeplatz benötigt einen Landstromanschluss, darüber hinaus müssen ausreichend PKW-Absetzplätze, Pontonliegeplätze und Warteplätze in Stadtnähe zur Verfügung stehen. Schließlich bedarf es weiterer Anstrengungen zur Digitalisierung der Schiffe und Schleusen auf Basis einheitlicher Standards zur Datenübermittlung, zur Automatisierung der Hafenprozesse sowie zur Umstellung auf klimafreundliche Antriebe. Diese Anstrengungen wollen wir durch Förderprogramme und durch öffentlich geförderte Forschungsvorhaben flankieren.
Die Linke	
FDP	Damit die bremischen Häfen insbesondere mit den Westhäfen und den Mittelmeerhäfen konkurrenzfähig sind, wollen wir die Handelnden dabei unterstützen, die Kostenstruktur anzupassen. Dazu gehören sowohl die Digitalisierung aller Betriebsabläufe inklusive Automatisierung der Umschlagsaktivitäten als auch die Umstellung der Umschlagsgeräte auf umweltfreundliche und effizientere Technologien. Damit wollen wir sicherstellen, dass die Umschlagsleistung erhöht wird und dadurch die Kosten gesenkt werden und somit eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit entsteht. Auch wenn sich mittel- bis langfristig Tätigkeiten verändern werden, können die Arbeitsplätze in den Häfen gesichert werden. Die bremischen Häfen brauchen Freiräume für Innovationen und eine nachhaltige Hafenbewirtschaftung. Die nachhaltige Anpassung, Weiterentwicklung und Digitalisierung der Abläufe der bremischen Häfen und der damit verbundenen Infrastruktur wollen wir Freie Demokraten entschlossen weiter vorantreiben, um die Wertschöpfung, die Arbeitsplätze und den Wohlstand im Land Bremen zu halten und auszubauen und damit eine prosperierende Perspektive für zukünftige Generationen zu schaffen.

SPD	Bremen fördert den Verkehrsträger Binnenschifffahrt durch kontinuierliche Unterhaltungs-, Ersatz- und Ausbauinvestitionen in entsprechende Binnenschiffs-Liegeplätze. Bei der Weiterentwicklung der Bremischen Häfen wollen wir einen Fokus auf den Bereich innovativer, smarter Ansätze mit der Vernetzung von Informationen und Akteuren entlang der gesamten Transportkette legen. Damit wollen wir die Digitalisierung zu einer der zentralen Aufgaben der weiteren Entwicklung der bremischen Häfen machen. Gemeinsam mit den Unternehmen der Hafen- und Logistikwirtschaft wollen wir hier die laufenden Projekte (Digitale Außenweser, neues IT-System für die Hafeneisenbahn sowie verschiedene Innovationsprojekte im Rahmen der Bundesförderung IHATEC) vorantreiben und in einer breit angelegten Digitalisierungsoffensive für die bremischen Häfen die Aktivitäten von öffentlicher Hand und Privatwirtschaft koordinieren und gemeinsam den Einsatz verstärken mit dem Ziel, die bremischen Häfen bei der Digitalisierung in eine Spitzenposition zu bringen.
Volt	Die Digitalisierung und Automatisierung bietet enorme Potenziale, um bereits erschlossene Technologien effizienter zu nutzen. Dies gilt auch für die Binnenschifffahrt und die Infrastruktur der Binnenhäfen.

5. Vereinbarkeit von maritimer Wirtschaftsentwicklung und Umweltschutz

Der Berücksichtigung europäischer Anforderungen des Natur- und Gewässerschutzes ist durch integrierte Lösungskonzepte zügig zu entsprechen, um die regionale wirtschaftliche Entwicklung der Weserregion nicht weiter zu blockieren.

Bündnis 90/ Die Grünen	Angesichts des schon jetzt stark beeinträchtigten ökologischen Zustands der Weser stehen wir weiteren Eingriffen, die den Zustand weiter verschlechtern, sehr skeptisch bzw. ablehnend gegenüber (siehe oben Antwort auf These 2). Über Ihre Vorschläge für einen „Integrierten Rahmenplan Weser“ würden wir gerne mit Ihnen ins Gespräch kommen.
CDU	Auch diese Forderung teilen wir vollständig und haben sie, beispielsweise in der Diskussion um die Ausweisung eines Schutzgebietes „Tideweser“ in der letzten Legislaturperiode öffentlich thematisiert. Die Länder Bremen und Niedersachsen haben im Februar 2012 einen Integrierten Bewirtschaftungsplan für die Weser beschlossen. Dieser bildet unseres Erachtens weiterhin einen geeigneten Rahmen für die Vereinbarkeit von Naturschutz und maritimer Wirtschaftsentwicklung an der Weser.
Die Linke	
FDP	Die Fragen 5 und 6 werden gemeinsam beantwortet: Bei jeder Anpassung der Wasserstraßeninfrastruktur ist die Berücksichtigung des relevanten Umwelt- und Naturschutzes selbstverständlich (siehe bereits Frage 2).
SPD	Die Vereinbarkeit von maritimer Wirtschaftsentwicklung mit den Anforderungen des Natur- und Gewässerschutzes ist für uns eine wesentliche Voraussetzung für die Akzeptanz unserer Häfen. Deswegen setzen wir uns im Rahmen sämtlicher bremischer Hafenprojekte dafür ein, dass diese unter Einhaltung der europäischen Anforderungen des Natur- und Gewässerschutzes sowie unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten mittels integrierter Lösungskonzepte entwickelt und umgesetzt werden. Deswegen haben wir in der abgelaufenen Legislatur unter anderem eine Regelung zum Umgang mit Schiffsabwässern entwickelt, um die Belastung der Gewässer zu minimieren. Darüber hinaus erproben wir auch innovative Anti-Fouling-Strategien in den bremischen Häfen und werden so unserer Verantwortung für den Umweltschutz gerecht.
Volt	Im Bereich der Bremer Häfen treffen viele berechnigte, wenngleich auf den ersten Blick unterschiedliche Interessen aufeinander. Häufig scheinen sich dabei ökonomische und ökologische Aspekte zu widersprechen. Wir möchten beide Anliegen im bestmöglichen Interesse der gesamten Stadt bei der Weiterentwicklung der bestehenden Hafenflächen sowie beim Ausbau der Infrastruktur berücksichtigen. Diese Entwicklungen müssen über lokale Grenzen hinaus, auch auf nationaler Ebene, eine gesteigerte Priorität haben.

6. Für die Verbesserung der Weser als Lebensraum einsetzen

Die Anpassung der Weser ist mit Kompensationsmaßnahmen zu verbinden, die zu Verbesserung von Gewässerqualität und Lebensräumen führen. Neue Projekte, die die Weserregion zukunftsfähig machen und dem Naturschutz dienen sind dabei notwendig.

Bündnis 90/ Die Grünen	Wir begrüßen alle Initiativen, die auf eine ökologische Aufwertung der Weser als Lebensraum zielen. Ein gemeinsamer und zielgerichteter Dialog von Wirtschafts- und Umweltverbänden sowie der zuständigen Politik und betroffenen Unternehmen in der Region wäre dafür entscheidend. Das Format „Weserkonferenz“ wäre dafür sicherlich ein geeigneter Rahmen.
CDU	Jede Wasserbaumaßnahme ist vorab auf ihre Umweltverträglichkeit und Auswirkungen auf die Gewässerqualität sowie weitere einschlägige Schutzgüter und -gebiete zu untersuchen. Eingriffe sind durch Kompensationsmaßnahmen auszugleichen. Gerade die Anpassung der Mittelweser mit ihren vielfältigen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (u.a. zur Schaffung eines vegetationsreichen Ufersaums im Bereich der Uferrückverlegungen, zur Auffüllung der Kiesgruben Liebenau und Schweringen sowie zur Anlage einer Flutmulde in der Stauhaltung Langwedel) bildet für die Vereinbarkeit von wirtschaftlichen und ökologischen Interessen ein hervorragendes Beispiel.
Die Linke	
FDP	Die Fragen 5 und 6 werden gemeinsam beantwortet: Bei jeder Anpassung der Wasserstraßeninfrastruktur ist die Berücksichtigung des relevanten Umwelt- und Naturschutzes selbstverständlich (siehe bereits Frage 2).
SPD	Wir setzen uns dafür ein, dass das standortbezogene Umweltmanagementsystem Port Environmental Review System (PERS) weiter ausgebaut wird. Wir unterstützen unsere bremischen Häfen bei der Umsetzung ihrer Umweltziele. Die wichtigsten Instrumente sind hierbei: Ein kontinuierliches Umweltmonitoring, Umweltschutzprojekte, Kennzahlen zum Hafenbetrieb und -management und zum Zustand der Umwelt sowie ein Register der gesetzlichen Anforderungen an die betroffenen Umweltaspekte in den Häfen. Dies schließt immer die Kompensation von Natureingriffen und der Verbesserung der Gewässer- und Lebensqualität in der Weserregion ein.
Volt	Volt fordert die Entwicklung und Umsetzung hoher Umweltschutzaufgaben auch im Bereich der Hafenwirtschaft. So braucht es beispielsweise gute Filtertechnologien, um den Schadstoffausstoß zu reduzieren und strengere Umweltauflagen am Kreuzfahrt-Terminal Bremerhaven. Die Entwicklung der Weser bedarf einer engen Kooperation mit dem Land Niedersachsen, um eine möglichst umweltschonende Entwicklung sicherzustellen.

7. Integrierter Rahmenplan Weser

Die Weserregion benötigt dringend konkrete Projekte, um die Zukunftsfähigkeit der Region zu verbessern und Fortschritte für die Wirtschaft, den Natur- und Gewässerschutz, den Klimaschutz und die Klimaanpassung zu erreichen.

Bündnis 90/ Die Grünen	Siehe Antworten auf Thesen 5 und 6.
CDU	Einer Weiterentwicklung des Integrierten Bewirtschaftungsplan Weser zu dem von Ihnen geforderten „Integrierten Rahmenplan Weser“ stehen wir offen gegenüber, wenn damit ein echter Mehrwert an Planungs- und Investitionssicherheit verbunden ist.
Die Linke	
FDP	Im Zuge der Modernisierung der Handels- und Kreuzfahrtflotten sowie zur Erreichung der klimapolitischen Ziele unterstützen wir Freie Demokraten die Einrichtung von Infrastruktur zur Bebunkerung von Schiffen mit alternativen Treibstoffen. Zudem bedarf es eines intensiven Austauschs mit Reedereien, Werften, Häfen und allen Beteiligten hinsichtlich der Zukunftsfähigkeit solcher Strukturen, da hiermit enorme finanzielle Verpflichtungen und Investitionen verbunden sind. Ferner wollen wir Freie Demokraten prüfen, welche weiteren Maßnahmen ergriffen werden können, um die gesamte Hafeninfrastrukturen der bremischen Häfen nachhaltiger und klimaangepasster aufzustellen. Hierbei spielt das Thema Wasserstoff besonders mittelfristig eine wichtige Rolle, dies gilt es bei der weiteren Hafenentwicklung und Planung zu berücksichtigen. Dabei geht es insbesondere um die Nutzung von Wasserstoff im Hafenbetrieb für Umschlaggeräte, Lkws sowie die Hafenbahn.
SPD	Wir wissen, dass Bremen als Stadtstaat im Rahmen seiner Hafenentwicklung, insbesondere bei Kompensationsmaßnahmen, auf eine enge Zusammenarbeit mit Niedersachsen angewiesen ist. Die grenzüberschreitende Abstimmung und Kooperation der Freien Hansestadt Bremen mit Niedersachsen hat eine langjährige Tradition. Daran wollen wir festhalten. Durch den gemeinschaftlichen Ansatz verbessern wir die Umweltleistung der verschiedenen Hafenakteure und stärken die bremischen Häfen wirtschaftlich und nachhaltig – auch für die kommenden Generationen.
Volt	Mit dem Ausrufen des Klimanotstands im Januar 2020 hat die Bremer Bürgerschaft einen wichtigen Akzent gesetzt. Diesem sind bisher leider zu wenige Taten gefolgt. Der Stadtstaat muss mit entschiedenem Handeln und gutem Beispiel vorangehen, um Veränderungen zu bewirken und Industrie sowie Privatpersonen für Investitionen zu motivieren. Um eine schnelle Umstellung zu erreichen, müssen heute entsprechende Strategien entwickelt und umgesetzt werden. Mit der „greenports“-Strategie und dem Hafenentwicklungskonzept 2035 hat Bremen Programme entwickelt, um die Zukunftsfähigkeit der Bremer Häfen im Zusammenhang mit ökonomischen, ökologischen und sozialen Aspekten zu sichern und zu steigern. Für die Umsetzung und den Ausbau dieser Programme setzen wir uns ein

8. Sicherstellung der Finanzierung erforderlicher Projekte

Regionaler Konsens muss genutzt werden, um die Finanzierung und Umsetzung der Projekte zu erreichen. Mittel der EU sowie des Bundes und der Länder müssen mit komplementären Finanzierungen der Kommunen und regionalen Unternehmen koordiniert werden.

Bündnis 90/ Die Grünen	Als Bundesland suchen wir in allen Politikfeldern systematisch nach Möglichkeiten, Förderungen aus Bundes- oder EU-Mitteln zu akquirieren, die die Entwicklung unseres Landes und seiner Wirtschaft unterstützen. Aktuell liegt der Fokus dieser Förderungen im Bereich Häfen und Schifffahrt auf Projekten der Digitalisierung sowie der nachhaltigen Hafenentwicklung, z. B. im Kontext der Stärkung der Eisenbahninfrastrukturen.
CDU	Auch dieser These stimmen wir zu. Da der rot-grüne sowie der rot-grün-rote Senat an den Investitionsmitteln im Haushalt stets gespart hat, ist der Investitionsstau bei der öffentlichen Infrastruktur immer größer geworden. Durch andere Schwerpunktsetzungen werden wir uns dafür wieder Handlungsspielräume im Haushalt erarbeiten. Die gewaltigen Investitionsbedarfe zum Abbau des Sanierungsstaus in die Häfen, zur Digitalisierung und Automatisierung der Terminals sowie zum Ausbau der Häfen zu Drehscheiben für die Energiewende überfordern jedoch auf Dauer ein Bundesland wie Bremen. Gleichzeitig sind die Häfen von immenser Bedeutung für die gesamte deutsche Volkswirtschaft. Daher setzen wir uns für eine Erhöhung der viel zu niedrigen Finanzhilfen des Bundes für Seehäfen von derzeit 38,3 Mio. Euro p.a. auf mind. 500 Mio. Euro p.a. ein. Im Zuge dieser Verhandlungen wird auch zu prüfen sein, inwieweit volkswirtschaftlich wichtige Binnenhäfen, wie Duisburg, in die Finanzierung eingebunden werden können.
Die Linke	
FDP	Die Fragen 8 und 9 werden gemeinsam beantwortet: Eine fragmentierte Einzelbetrachtung der deutschen Häfen schwächt im Zweifel alle deutschen Standorte gegenüber den globalen Wettbewerbern. Um gegen den globalen Wettbewerb weiterhin bestehen und Marktanteile zurückzugewinnen zu können, brauchen wir eine stärkere Kooperation der nordwestdeutschen Seehäfen. Deshalb begrüßen wir Freie Demokraten eine nationale Hafenstrategie und setzen uns für eine schnelle Umsetzung der Strategie auf Bundesebene ein. Als ein wichtiger Pfeiler der nationalen Hafenstrategie sollte das Konzept eines ganzheitlichen Bewirtschaftungsansatzes und eine verstärkte Kooperation der Häfen erarbeitet werden. Schiffe sollten im Sinne der Hafenkooperation dort abgefertigt werden, wo es ökonomisch, betriebswirtschaftlich, ökologisch, Freie Demokratische Partei (FDP) Bremen e.V. Landesvorsitzender: Thore Schäck Faulenstraße 38, 28195 Bremen Telefon: +49 421 222 7 222 E-Mail: bremen@fdp.de Internet: www.fdp-bremen.de Bankinstitut, IBAN: DE27 2905 0101 0083 3776 48 Sparkasse Bremen aber auch technisch und nautisch am effizientesten und sinnvollsten ist. Zudem können Häfen und deren Beteiligte durch eine verstärkte Hafenkooperation voneinander lernen. Aus Schwächen können Stärken werden, die gegenüber dem internationalen Wettbewerb weiter ausgebaut werden. Eine wie auch immer geartete Kooperation im Rahmen des Wettbewerbsrechts zwischen den Unternehmen begrüßen wir. Wichtig ist, dass sich die Politik bei den Verhandlungen auf die Kernelemente und das Wesentliche begrenzt.

SPD	Im Bund und in Europa werden für die kommenden Jahre verstärkt Programme aufgelegt, um den energetischen und klimafreundlichen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft sowie Infrastruktur und Städtebau zu fördern. Wir werden dafür sorgen, dass Bremen in möglichst großem Umfang von diesen und weiteren Programmen profitieren kann. Wir werden deshalb die Fähigkeiten der Ressorts, geeignete Förderprogramme für Bremen zu identifizieren und die Fördermittel erfolgreich einzuwerben, nachhaltig stärken. Zudem werden wir flankierend die Voraussetzungen schaffen, dass etwaig notwendige Kofinanzierungen des Landes Bremen zeitnah dargestellt werden können. Gerade für ein kleines Bundesland wie Bremen können solche Zuwendungen von Bund und Europa eine erhebliche Vergrößerung der finanziellen Möglichkeiten eröffnen.
Volt	Volt als paneuropäische Partei erachtet kommunale, nationale und internationale Zusammenarbeit in der globalisierten Gesellschaft als unumgänglich. Dies bedeutet auch die Nutzung finanzieller Ressourcen auf unterschiedlichen Ebenen, um die Umsetzung notwendiger Projekte zeitnah umzusetzen. Finanzierung mithilfe von Investitionen wie die des chinesischen Staatskonzerns COSCO im Hamburger Hafen sehen wir kritisch, da hier ein Teil der Kontrolle an kritischer Infrastruktur an ein autokratisches Regime abgegeben wird.

9. Kooperation in der gesamten Weserregion

Interessenskonflikte lassen sich auch in Zukunft nicht vermeiden. Es ist möglich, durch vorgelagerte Konfliktbewältigung die schnellere Umsetzung von Projekten zu erreichen. Dies erfordert den Willen, zusammen entwickelte Lösungen auch gemeinsam zu tragen.

Bündnis 90/ Die Grünen	Wir würden uns darüber freuen, künftig mit Ihnen über die Herausforderungen der Weserregion und damit verbundenen Interessenskonflikten in den Austausch zu gehen.
CDU	Wir teilen diese Einschätzung und unterstützen entsprechende Kooperationen, Vernetzungsformate und Veranstaltungen, wie die vom Wirtschaftsverband Weser ausgerichteten Wesertage.
Die Linke	
FDP	Die Fragen 8 und 9 werden gemeinsam beantwortet: Eine fragmentierte Einzelbetrachtung der deutschen Häfen schwächt im Zweifel alle deutschen Standorte gegenüber den globalen Wettbewerbern. Um gegen den globalen Wettbewerb weiterhin bestehen und Marktanteile zurückzugewinnen zu können, brauchen wir eine stärkere Kooperation der nordwestdeutschen Seehäfen. Deshalb begrüßen wir Freie Demokraten eine nationale Hafenstrategie und setzen uns für eine schnelle Umsetzung der Strategie auf Bundesebene ein. Als ein wichtiger Pfeiler der nationalen Hafenstrategie sollte das Konzept eines ganzheitlichen Bewirtschaftungsansatzes und eine verstärkte Kooperation der Häfen erarbeitet werden. Schiffe sollten im Sinne der Hafenkooperation dort abgefertigt werden, wo es ökonomisch, betriebswirtschaftlich, ökologisch, Freie Demokratische Partei (FDP) Bremen e.V. Landesvorsitzender: Thore Schäck Faulenstraße 38, 28195 Bremen Telefon: +49 421 222 7 222 E-Mail: bremen@fdp.de Internet: www.fdp-bremen.de Bankinstitut, IBAN: DE27 2905 0101 0083 3776 48 Sparkasse Bremen aber auch technisch und nautisch am effizientesten und sinnvollsten ist. Zudem können Häfen und deren Beteiligte durch eine verstärkte Hafenkooperation voneinander lernen. Aus Schwächen können Stärken werden, die gegenüber dem internationalen Wettbewerb weiter ausgebaut werden. Eine wie auch immer geartete Kooperation im Rahmen des Wettbewerbsrechts zwischen den Unternehmen begrüßen wir. Wichtig ist, dass sich die Politik bei den Verhandlungen auf die Kernelemente und das Wesentliche begrenzt.
SPD	Wir halten die Kooperation für ein geeignetes Mittel für den Abbau von Interessenskonflikten und die beschleunigte Umsetzung von Projekten. Für die Kooperationen zwischen Niedersachsen und Bremen wurden gemeinsame Strukturen eingerichtet: die Gemeinsame Landesplanung, der Kommunalverbund, das Regionale Entwicklungskonzept, die Metropolregion Nordwest und schließlich der Jade-Weser-Port. Seit Jahrzehnten sind Kooperation und der Ausgleich der Interessen das Ziel der bremischen und niedersächsischen Landesregierungen. An diesem Ziel wollen wir weiter arbeiten und auch den Bund bei der Finanzierung unserer Häfen verstärkt ins Boot holen, um die überragende nationale Bedeutung unserer Häfen für den Exportstandort Deutschland herauszustellen.

Volt

Die Stärkung der Nordrangehafenallianz, die Rotterdam, Antwerpen, Hamburg, Bremen/Bremerhaven u. v. a. umfasst, ist Volt ein Anliegen. Dabei soll gemeinsam an Lösungen für zukunftsrelevante Fragen, wie z. B. die Automatisierung und Digitalisierung der Häfen gearbeitet werden. Besonders hervorzuheben ist dabei eine intensivierte Zusammenarbeit zwischen den norddeutschen Hafenbetrieben, wie dem Tiefseehafen JadeWeserPort, der Hamburger Hafen und Logistik Ag (hhLA) und Eurogate, um die Wettbewerbsfähigkeit der norddeutschen Wirtschaftsstandorte zu stärken.

10.Jährliche Weserkonferenzen

Wesertage fördern das gegenseitige Verständnis, die Kenntnis der regionalen Herausforderungen und mögliche Lösungsansätze. Die gegenseitige Kenntnis der regionalen Akteure und deren informelle Verknüpfung schafft die Voraussetzung für eine erfolgreiche Zusammenarbeit.

Bündnis 90/ Die Grünen	Diesen Ansatz begrüßen wir ausdrücklich. (siehe oben Antwort auf These 6).
CDU	Auch diese These hat unsere volle Zustimmung. Gerne beteiligen wir uns auch weiterhin beratend und begleitend an Formaten wie den jährlichen Weserkonferenzen.
Die Linke	
FDP	Volle Zustimmung. Wir würden regelmäßige Weserkonferenzen gerne unterstützen und daran teilnehmen.
SPD	Die jährlichen Weserkonferenzen sind fester Bestandteil der maritimen Agenda. Die Möglichkeiten und Chancen der Kooperation und Vernetzung sind von hoher Bedeutung für einen notwendigen Ausgleich der Interessen in der Weserregion.
Volt	Damit die Bremer Unternehmen nachhaltige Investitionen im Land Bremen tätigen können, muss die Politik ein verlässliches und planungssicheres Umfeld schaffen. Dies spiegelt sich in Bereichen wie der Planung von Gewerbeflächen, attraktiven Steuerstrukturen, wettbewerbsfähigen Häfen und einer effizienten Verwaltungsstruktur wider und setzt einen kontinuierlichen Informationsfluss und regelmäßigen Austausch zwischen den Akteuren voraus